



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

### **Kostenexplosion Elternbeiträge verhindern – Für eine echte Entlastung unserer Familien!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt, dass Bayern Familienland ist. Kinder haben in Bayern oberste Priorität und sind unser größter Schatz.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen zu erhöhen, um Familien auf Landesebene nachhaltig zu entlasten, die Kostenexplosion der Elternbeiträge abzufedern und Chancengleichheit in der frühkindlichen Betreuung zu gewährleisten.

### **Begründung:**

Während die Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren bereits erheblich angestiegen sind und insbesondere Familien mit Kindern belasten, kündigen viele Kommunen drastische Gebührenerhöhungen in der Kinderbetreuung an. Ein Anstieg von bis zu 250 Prozent in einigen Fällen stellt eine untragbare Belastung dar, die viele Familien vor ernsthafte finanzielle Herausforderungen stellt. Für Eltern, die ohnehin mit den steigenden Kosten für Wohnung, Energie und Lebensmittel kämpfen, ist es kaum zumutbar, auch noch höhere Gebühren für die Betreuung ihrer Kinder aufbringen zu müssen.

Es darf nicht der Fall sein, dass Familien aufgrund finanzieller Engpässe gezwungen werden, auf eine qualitativ hochwertige Betreuung ihrer Kinder zu verzichten. Die frühkindliche Bildung stellt eine der wichtigsten Weichenstellungen für den späteren Bildungsweg eines Kindes dar. Diese Aufgabe ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die durch eine gerechtere und transparentere Finanzierung der Kindergartengebühren unterstützt werden muss.

Bayern kann nur dann Familienland bleiben, wenn es die Familien spürbar entlastet. Die Kürzungen im Familiengeld, die Abschaffung des Bayerischen Krippengeldes und die Aushebelung des Beitragszuschusses für den Kindergarten führt langfristig zu einer fragmentierten und ungerechten Förderungsstruktur, die an den Familien vorbei zielt. Was in wirtschaftlich schlechten Zeiten zählt, ist die am Ende des Monats spürbare Entlastung im Geldbeutel unserer Familien. Das Koalitionsverprechen, Familien verlässliche Rahmenbedingungen und Unterstützung in allen Lebenslagen zu ermöglichen, liegt faktisch nicht mehr vor. Trotz der enormen gesellschaftlichen Bedeutung, die Familien tagtäglich mit Hingabe meistern, erfolgt kein spürbarer Lastenausgleich mehr.

Darüber hinaus ist es auf Landesebene nicht mehr zu rechtfertigen, dass Bayern mit rund 9,77 Mrd. Euro mehr als die Hälfte der gesamten Beiträge zum Länderfinanzausgleich beisteuert, während in anderen Bundesländern wie Berlin Kinder kostenlos in

den Kindergarten gehen können. Diese Ungleichheit ist vor den Bürgerinnen und Bürgern unseres Freistaates nicht mehr tragbar und lässt sich aus sozialen und politischen Gründen nicht weiter rechtfertigen.

Ein Kindergartenplatz darf in Bayern kein Luxusgut werden, das sich nur wohlhabende Familien leisten können. Es ist an der Zeit, dass wir auf Landesebene gemeinsam Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass die Betreuung unserer Kinder für alle Familien eine echte Entlastung und Chance darstellt, statt zur finanziellen Belastung zu werden.